



Nr. 14

11. April 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einigung zwischen CDU und SPD

[Koalitionsvertrag: Einige interessante Ideen - viele offene Fragen](#)

Ideencampus der dbb jugend

[Geyer: Gewerkschaften stehen für Zusammenhalt](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Nachtragshaushalt verabschiedet: Verantwortungsvoll, aber ausbaufähig](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Warnung vor Gehaltsangleichung im Gesundheitswesen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

[Vermutliche Ernennung von Dobrindt zum Bundesinnenminister begrüßt](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Koalitionsvertrag bietet gute Ansätze](#)

Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

[Koalitionsvertrag: Die zentrale Frage bleibt unbeantwortet](#)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

[Berufliche Bildung soll gestärkt werden](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Sek I und berufliche Bildung im Fokus – endlich!](#)

VRFF Die Mediengewerkschaft

[ÖRR: schlechte Konditionen für Berufseinsteiger bemängelt](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Einigung zwischen CDU und SPD

Koalitionsvertrag: Einige interessante Ideen - viele offene Fragen

„Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD enthält einige wirklich interessante Ideen, in Sachen Umsetzung und vor allem Finanzierung ist aber noch vieles ungeklärt“, sagte dbb-Chef Ulrich Silberbach in einer ersten Stellungnahme.

„Wir sind zum Beispiel sehr gespannt auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung“, erklärt Silberbach. „Bei beiden Themen gibt es viel zu tun, aber über welche Kompetenzen und welches Budget wird so ein Ressort verfügen?“ Ähnlich spannend sind die Vorschläge, Bürokratie abzubauen, Bundesbehörden neu zu strukturieren und dabei auch die Zahl der Bundesbeauftragten drastisch zu reduzieren. „Da kann einiges weg. Zuerst einmal der Bundespolizeibeauftragte. Eine Fehlkonstruktion von Anfang an, die vor allem Misstrauen gegenüber den eigenen Beschäftigten ausdrückt“, so der dbb-Chef am 9. April 2025 in Berlin.

Die Koalitionäre haben sich viel vorgenommen und enorme Finanzmittel vorgesehen, vor allem für den Infrastrukturausbau. Silberbach: „Das begrüßen wir ausdrücklich. Der Nachholbedarf bei der Instandsetzung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur ist enorm und die Zeit läuft uns davon. Jetzt kommt es aber auf die Sicherung dieser Finanzen und Umsetzung an, auf klare Prioritätensetzung zugunsten Bildung, Verkehr und Sicherheit, auf konkrete Verfahrensbeschleunigung, und auf eine wirklich ergebnisorientierte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von der neuen Bundesregierung und das erwarten auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“

Ideencampus der dbb jugend

Geyer: Gewerkschaften stehen für Zusammenhalt

Zum Auftakt des „Ideencampus“ der dbb jugend hat dbb-Vize Volker Geyer die Bedeutung von Gewerkschaften für die Demokratie unterstrichen.

„Demokratie bedeutet, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der jede Stimme zählt, in der die Rechte des Einzelnen gewahrt werden und in der wir als Gemeinschaft Verantwortung übernehmen, um unser Zusammenleben zu gestalten. Ein zentraler Bestandteil dieser Demokratie sind Gewerkschaften“, sagte Geyer zum Auftakt der Veranstaltung am 10. April 2025 in Berlin. „Wir setzen uns für die Rechte der Beschäftigten ein. Wir sorgen dafür, dass die soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft gewahrt bleibt. Ohne uns wären viele Errungenschaften, wie Arbeitszeitregelungen, faire Löhne oder der Kündigungsschutz, nie erreicht worden. Deshalb sind Gewerkschaften der Ausdruck des Zusammenhaltes und des Zusammenstehens – und nicht zuletzt ein Bollwerk gegen ungerechte Arbeits- und Einkommensbedingungen.“

die sich von der aktuellen Politik immer weniger abgeholt fühlen. Wir müssen uns deshalb noch viel stärker für Aufklärungsarbeit und politische Bildung einsetzen; aber eben auch aktiv als Ansprechpartner anbieten. Schulen und Berufsschulen können hier ein erstes Ziel sein. Es geht dabei weniger um hochnäsige Belehrungen, was Recht und was Unrecht ist, sondern um die praktische Erfahrung von Demokratie und den Möglichkeiten, sich einzubringen. All das kann gewerkschaftliche Arbeit leisten: Demokratische Wahlen, egal ob zum Jugendvorsitzenden, in die Personalvertretung oder Schwerbehindertenvertretung. Die gemeinsame Arbeit in Ausschüssen, Fach- und Arbeitsgruppen. Deshalb ist jedes neue Gewerkschaftsmitglied ein Sieg für die Demokratie.“

Matthäus Fandrejewski, der Vorsitzende der dbb jugend, ergänzte, dass er diesen Befund als Selbstverpflichtung begreife: „Es lässt sich nicht leugnen: Politik hat viel falsch gemacht und in den letzten Jahren enorm Vertrauen verspielt – besonders bei jungen Menschen,

Der IDEENCAMPUS steht unter dem Motto „Von Müdigkeit zu Mitwirkung: Demokratie neu beleben.“ und findet am 10. April 2025 von 10 bis 17.30 Uhr im dbb forum berlin statt.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Nachtragshaushalt verabschiedet: Verantwortungsvoll, aber ausbaufähig

„Bayern handelt vorausschauend und verantwortungsvoll. In Personalfragen hätten wir uns allerdings mehr Motivation für die Beschäftigten gewünscht“, so Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), am 10. April 2025 zur Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2025 im Bayerischen Landtag.

In vielen Bereichen hätte das berufliche Fortkommen bessere Chancen verdient. Der Bereich der Stellenhebungen wäre noch ausbaufähig gewesen, meinte Nachtigall. Auch angesichts unzähliger Herausforderungen sei es von grundlegender Bedeutung, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst motivierend, modern und attraktiv zu gestalten.

„Gerade wegen dieser Herausforderungen“, so der BBB-Chef. „Wir brauchen einen leistungsstarken öffentlichen Dienst, eine Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürgern zur Seite steht und die die jetzt notwendigen Projekte jederzeit, schnell, kompetent und umfassend umsetzen kann. Das gelingt nur mit den besten Köpfen, die auch die entsprechende Motivation mitbringen“, betonte Nachtigall.

Wer Punkte wie Motivation durch berufliches Fortkommen und Anerkennung vernachlässige, vernachlässige nicht nur einen ganz wesentlichen Punkt der Mitarbeiterführung, sondern verspiele nicht nur das Ansehen des öffentlichen Dienstes bei Fach- und Nachwuchskräften, sondern gefährdet mangels guten Personals auch die Umsetzung politisch dringend notwendiger Projekte und so die Glaubwürdigkeit der Politik und letztlich der Demokratie, weil der Staat nicht mehr als handlungsfähig wahrgenommen werde. „Bei aller anzuerkennenden Haushaltsdisziplin in Bayern hätten wir uns in dieser Hinsicht etwas mehr gewünscht“, fasst Nachtigall zusammen.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

Warnung vor Gehaltsangleichung im Gesundheitswesen

Mit scharfer Kritik reagiert die GdS auf die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD festgeschriebenen Reformpläne im Gesundheitswesen.

Insbesondere die angestrebte Angleichung der Gehaltsstrukturen an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) stößt auf massive Bedenken. „Ein solcher Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie ist durch nichts zu rechtfertigen – weder rechtlich noch sachlich“, erklärt der GdS-Bundesvorsitzende und dbb-Vize der Maik Wagner am 10. April 2025.

Die GdS betont, dass der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen nicht nur Innovation und Effizienz fördert, sondern auch die Versorgungsqualität für die Versicherten sichert. „Eine pauschale Übertragung des TVöD auf die Sozialversicherungsträger würde die Innovationskraft abwürgen und die Versorgung der Menschen gefährden“, so Wagner.

Auch für die Beschäftigten selbst hätte die Reform gravierende Folgen. „Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Krankenkassen und im Medizinischen Dienst leisten hochqualifizierte Arbeit. Wer sie mit einem Einheitstarif abspeisen will, riskiert Motivation, Qualität und Fachkräftebindung gleichermaßen“, so Wagner weiter.

Die GdS fordert stattdessen eine leistungsgerechte Bezahlung, die individuelle Qualifikation und Engagement anerkennt, sowie eine gezielte Förderung des Wettbewerbs, Bürokratieabbau und mehr Eigenverantwortung für die Akteure im Gesundheitswesen. „Wir werden diese Pläne nicht einfach hinnehmen. Die GdS steht an der Seite der Beschäftigten – und der Versicherten, die am Ende die Zeche zahlen, wenn dieser Kurs fortgesetzt wird“, stellte Wagner klar.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Vermutliche Ernennung von Dobrindt zum Bundesinnenminister begrüßt

Die DPoIG zeigt sich zuversichtlich angesichts des Ergebnisses der Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD. Einige Vorschläge, die die DPoIG im Vorfeld der Verhandlungen eingebracht hatte, werden im Vertrag umgesetzt. Die wahrscheinliche Berufung von Alexander Dobrindt zum Bundesinnenminister sei eine gute Nachricht, aber das Papier zeige auch Schwächen.

In Berlin erklärt der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 9. April 2025: „Mit voraussichtlich Alexander Dobrindt bekommt Deutschland einen Innenminister, der seinen Einsatzkräften vertraut und sie wertschätzt, anders als die bisherige Amtsinhaberin. Mit seiner Berufung verbinden wir auch die Hoffnung, dass wenigstens solche absurden Dinge wie die Kennzeichnungspflicht für die Bundespolizei und Kontrollquittungen bei Personenkontrollen aus dem Entwurf eines neuen Bundespolizeigesetzes verschwinden werden. In Deutschland explodieren Gewalt und Kriminalität und Nancy Faeser hatte sich immer wieder um solchen Blödsinn gekümmert, das muss jetzt ein Ende haben.“

Der Abbau von Regierungsbeauftragten sei längst überfällig, der „Bundespolizeibeauftragte“ gehöre unbedingt dazu. Wendt: „Diese Funktion ist überflüssig und schadet dem Ansehen der Bundespolizei. Eine solche Paralleljustiz ist das personifizierte Misstrauen gegen die eigenen Beschäftigten, überflüssig und sehr teuer. Allein der Beauftragte selbst und sein Mitarbeiterstab verschlingen rund 1,5 Millionen Euro jährlich – Geld, das die Bundespolizei dringend bräuchte, etwa um dringende Trainingsmöglichkeiten für Einsatzeinheiten zu finanzieren. Wir erwarten vom künftigen Innenminister, dass er diesen Beauftragten umgehend abschafft!“

Wendt übt aber auch Kritik: „Dass Beamte auch weiterhin ohne Gerichtsverfahren rausgeschmissen werden können, auch wenn sie längst auf Lebenszeit angestellt sind, bleibt ein Skandal, an dem sich erst einmal nichts ändern wird. Die verhängnisvolle Politik von Nancy Faeser bleibt bestehen, das ist für die Beschäftigten ein Schlag ins Gesicht. Das Disziplinargesetz beschleunigt die Verfahren nicht, sondern soll Beschäftigte einschüchtern und auf Parteilinie bringen. Das akzeptieren wir nicht. Da muss nichts evaluiert werden, so eine Regelung muss weg!“

Eine Asylwende, wie die Union sie versprochen hat, werde so leicht nicht umzusetzen sein, selbst wenn einige Kompetenzen der Bundespolizei erweitert werden. Wendt: „Ausreisepflichtige Personen können auch künftig nicht in Ausreisegewahrsam genommen werden, wenn keine Gewahrsamsplätze da sind. Daran ändert sich nichts, solange die Bundesländer allein für deren Schaffung zuständig bleiben. Als Minister kann Herr Dobrindt zwar sofort anordnen, alle illegalen Einreiseversuche zu unterbinden und auch bei Asylbegehren an der Grenze zurückzuweisen. Aber wenn im Koalitionsausschuss dann die Parteivorsitzenden regieren wollen, wird das Ergebnis ein dauerhafter Regierungskrach werden.“

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Koalitionsvertrag bietet gute Ansätze

Der DPPhV begrüßt die im Koalitionsvertrag enthaltenen Ansätze zur Weiterentwicklung von guter Schulbildung in Deutschland und hebt die Stärkung des Bildungsföderalismus, die Nutzung des Sondervermögens für die Sanierung der Schulbauten, die Ansätze für exzellente Lehrkräftebildung und eine datenschutzkonforme Bildungs-KI im Digitalpakt sowie verpflichtende vorschulische Sprach- und Entwicklungsstanddiagnostik als wichtige und überfällige Entscheidungen hervor.

Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des DPPhV, sagte am 11. April 2025: „Der Koalitionsvertrag der 21. Legislaturperiode stellt eine

gute Grundlage für die weitere Ausgestaltung zukunftsfähiger Bildung in Deutschland dar. Manche der vorgestellten Maßnahmen sind

aber noch zu unspezifisch und zu undifferenziert. Hier wünschen wir uns eine gemeinsame Weiterentwicklung! Für die Schulbausanierung werden mindestens 60 Milliarden Euro gebraucht und der Digitalpakt muss von circa 5 Milliarden Euro auf circa 6,5 Milliarden Euro aufgestockt werden, weil hier die Beteiligung des Bundes im bisherigen Entwurf auf 50 Prozent geschrumpft worden war. Da die Länder aber bereits verplantes Geld einrechnen können, würde mit der jetzigen Fassung weniger 'frisches Geld' investiert werden.“

Der DPhV begrüßt die geplante verpflichtende Teilnahme aller Vierjährigen an einer Diagnostik ihres Sprach- und Entwicklungsstandes als wichtigen Schritt. „Doch ohne verbindliche Fördermaßnahmen für die Stärkung der Schulfähigkeit der Kinder bleibt diese Maßnahme unvollständig. Hier braucht es eine stärkere Verpflichtung und Unterstützung durch den Bund, um sowohl Diagnostik als vor allem auch gezielte Fördermaßnahmen in den Ländern zu etablieren. Dies entspräche unseren Forderungen!“, so Lin-Klitzing.

Der DPhV begrüßt darüber hinaus die neue Weiterführung der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“. Lin-Klitzing: „Hier ist wichtig, dass in den Projekten an den Universitäten klar nach Schularten und ihren Erfordernissen differenziert wird. Gymnasiallehrkräfte benötigen weiterhin ein voll akademisches Studium, um Wissenschaftspropädeutik, Studierfähigkeit und vertiefte Allgemeinbildung vermitteln zu können. Und auch bei der beruflichen Orientierung erkennen wir Nachbesserungsbedarf: Wir brauchen keine undifferenzierte Berufsorientierung für alle Schularten, sondern einerseits

eine berufliche Orientierung in den Gymnasien insbesondere für akademische Berufe und andererseits eine Berufsorientierung insbesondere für nicht-akademische Berufe in den Schularten, die zum ersten und zweiten Schulabschluss führen sollen.“

Vorbeugend weist der DPhV darauf hin, dass die Einführung einer Schüler-ID und einer datengestützten Schulentwicklung nicht notwendig zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und der Förderung des einzelnen Schülers führe. „Hier muss inhaltlich nachjustiert werden. Die vom Bund angestrebte datengestützte Schulentwicklung darf nicht zu Zusatzaufgaben für Lehrkräfte führen, die die notwendigen Ressourcen, wie Zeit für gute Unterrichtsvorbereitung und gute Unterrichtsqualität, gefährden. Hier sind Transparenz und die notwendige Beteiligung von Schulleitungen, Lehrkräften und der Schülerschaft durch ihre jeweiligen Vertretungen für Entscheidungen nötig.“ Die vorgesehene Einführung KI-gestützter Lernplattformen zur Schaffung personalisierter Lernangebote wird vom DPhV als Schritt in die richtige Richtung bewertet. „Datenschutz- und Ethikstandards müssen allerdings unverzüglich geklärt und umgesetzt werden. Wir erwarten die datenschutzkonforme Bildungs-KI“, so die DPhV-Vorsitzende.

Damit appelliert der DPhV an die politischen Entscheidungsträger: „Nutzen Sie Ihre künftige Verantwortung, um für unsere Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte die Bildungslandschaft in Deutschland nachhaltig an den richtigen Stellen zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten!“

Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Koalitionsvertrag: Die zentrale Frage bleibt unbeantwortet

„Der Koalitionsvertrag, den CDU/CSU und SPD vorgelegt haben, bietet einige Chancen, Verbesserungen in die Schulen zu bringen“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Gerhard Brand am 9. April 2025. „Allerdings bleibt eine entscheidende Frage offen: Wer soll es machen?“

Brand weiter: „Egal ob Sprachförderung, Startchancen oder Ganztage: Alle Ideen sind auf Sand gebaut, wenn die Frage nach zusätzlichem Personal nicht beantwortet wird. Hierzu bleibt der Koalitionsvertrag hinter unseren Erwartungen zurück und lässt neue und innovative Ideen vermissen. Alleine für die Umsetzung des Ganztages ab 2026 fehlen laut aktueller Studien zehntausende Pädagoginnen und

Pädagogen. Hier braucht es dringend ernsthafte Maßnahmen und eine Unterstützung der finanzschwächeren Kommunen. Hinzu kommt, dass dieser zusätzliche Bedarf auf ein bereits geschwächtes System trifft. Ohne Lösungen für den eklatanten Personalmangel bleibt Qualität in der Bildung eine Wunschvorstellung.“

Der VBE-Chef machte außerdem deutlich: „Wir begrüßen das Bekenntnis zum Bildungsföderalismus. Die Forderung nach einer engen und verantwortungsvollen Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen formuliert der VBE angesichts der Vielzahl an Herausforderungen im Bildungssystem bereits seit geraumer Zeit. Insbesondere im Bereich Sanierung und Neubau von Schulen und Kitas sehen wir diese Verantwortungsgemeinschaft in der Pflicht, umgehend wichtige Investitionen anzustoßen. Das Signal, das von dem Koalitionsvertrag ausgeht, bewerten wir als sehr positiv. Die Dringlichkeit, in Steine zu investieren, darf aber nicht vergessen lassen, dass dies auch immer eine Investition in Pädagogik sein muss. So müssen die pädagogischen Anforderungen der Schulen und Kitas vor Ort die Grundlage im Planungsprozess bilden und in partizipativen Prozessen mit Fachexpertise des Bereichs Bau abgeglichen werden. Als VBE haben wir gemeinsam mit der Montagsstiftung Jugend und Gesellschaft und dem Bund Deutscher Architekten (BDA) Leitlinien für leistungsfähigen und zeitgemäßen Schulbau erarbeitet. Ich kann den Koalitionspartnern dringend empfehlen, sich hier wichtige Anregungen für die anstehenden Herausforderungen beim Bau und der Sanierung von Schulgebäuden zu holen.“

Die Neuauflage des Digitalpaktes begrüßt Brand und betont die Dringlichkeit einer zügi-

gen Umsetzung: „Die Zusicherungen zum Digitalpakt II müssen nun umgehend mit Leben erfüllt werden. Die bereits jetzt entstandene Lücke in der Finanzierung belastet die Schulen und muss schnellstmöglich geschlossen werden. Insbesondere bei der Administration und Wartung der digitalen Infrastruktur braucht es eine professionelle Entlastung in den Schulen. Dabei muss gesichert sein, dass die bisherigen Zusagen eingehalten werden. Den Umstand, dass der Koalitionsvertrag keinen konkreten Betrag nennt, sehen wir als Chance, den ursprünglichen Investitionsrahmen nochmal zu diskutieren und nach oben zu korrigieren.“

Angesichts der sich anbahnenden Zusammenlegung von Bildungs- und Familienministerium mahnte Brand: „Die Zusammenlegung von Bildungs- und Familienministerium ist ein Mammutprojekt. Es muss gewährleistet werden, dass aufgebaute Strukturen erhalten bleiben und gleichzeitig neue Synergien entstehen können. Keinesfalls jedoch darf es als Sparprojekt missverstanden werden. Für beste Bildung und beste Arbeitsbedingungen im Bildungssystem brauchen wir tendenziell eher mehr gemeinsam angelegte Projekte als weniger. So ist die Integration ambivalent zu betrachten, und erst die Umsetzung und die daraus tatsächlich entstehenden Mehrwerte oder Herausforderungen werden Rückschlüsse zulassen, ob das die bestmögliche Option war.“

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) **Berufliche Bildung soll gestärkt werden**

Im Jahr 2024 waren in der Bundesrepublik rund 2,9 Mio. junger Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren ohne Berufsabschluss – und das in Zeiten eines eklatanten Arbeits- und Fachkräftemangels. Der BvLB fordert deshalb politisches Handeln.

Ziel der neuen Bundesregierung müsse sein, das deutsche Bildungssystem fit für das 21. Jahrhundert zu machen. Für die berufliche Bildung bedeute das konkret: Der Investitionsstau in Bezug auf die Schulgebäude und ihre Infrastruktur ist zu beseitigen; Die Schulgebäude sind hinsichtlich der Bedarfe eines zeitgemäßen Unterrichts (z. B. offene und flexible Raumgestaltung) anzupassen; Die Schulen brauchen auch zusätzliche Lern-, Arbeits- und Funktionsräume für besondere Lehr-Lern-Arrangements; Für die erfolgreiche Arbeit beruflicher Schulen sowie eine flexible und bedarfsgerechte Schulentwicklung sind die kontinuierliche Anpassung der Ausstattung an den technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt unerlässlich.

Die Schülerinnen und Schüler erwarteten eine auf die Zukunft gerichtete berufliche Bildung. Das setze aber eine entsprechende Lehrkräfteaus-, -fort- und -weiterbildung voraus: Die Lehrkräfteaus-, -fort- und -weiterbildung muss sich an den aktuellen und zukünftigen Erfordernissen inhaltlich neu orientieren: Digitalisierung, Internationalisierung, BNE, Inklusion, Integration, Migration u.v.a.m.; Die methodisch-didaktische Qualifizierung ist auf und an den neuen digitalen bzw. medialen Möglichkeiten auszurichten; Für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sind neue Modelle und Organisationsformen zu entwickeln: Duales Lehramtsstudium, neue Fort- und Weiterbildungs-

formen, z. B. längere Vollzeit-Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, z. B. für ein volles Schulhalbjahr.

Das Lehramt an beruflichen Schulen ist so auszugestalten, dass es für junge Menschen wieder attraktiv wird, sich für den Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers zu entscheiden: Die Entscheidung für den Beruf als Lehrkraft muss mit attraktiven Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten verbunden sein; Die pädagogischen Befugnisse der Lehrkräfte sind zu stärken. Durch die Verbesserung einer Vertrauenskultur im Bildungssystem kann gleichzeitig ein Beitrag zur Steigerung der Wertschätzung für Lehrkräfte geleistet werden; Lehrkräfte sind von administrativen, technischen und sozialpsychologischen Aufgaben

und von Berichtspflichten zu befreien. Diese Tätigkeiten sind von Multiprofessionellen Teams zu übernehmen; Lehrkräfte benötigen im Falle gerichtlicher Verfahren eine verbesserte politische Rückendeckung und juristischen Beistand.

„Nur wenn jetzt die neu zu bildende Bundesregierung gemeinsam mit den Landesregierungen verantwortungsvoll handelt und die entsprechenden Investitionen in die Zukunft unserer jungen Menschen tätigt, kann Deutschland weiterhin seinem Anspruch als Vorbild für Modernität und Qualität beruflicher Bildung gerecht werden“, so die beiden BvLB-Bundesvorsitzenden Pankraz Männlein und Sven Mohr am 8. April 2025.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) **Sek I und berufliche Bildung im Fokus – endlich!**

Der VDR sieht das aktuelle Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) zum Übergang von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung als Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sind noch viele Fragen offen, so der VDR.

„Es ist richtig und notwendig, dass die SWK in ihrem heute veröffentlichten Gutachten den Fokus auf die wichtige Rolle der Sek I beim Übergang junger Menschen in eine Berufsausbildung richtet“, erklärte der VDR-Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender 11. April 2025. „Die SWK erkennt damit zu Recht an, dass die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung im Mittelpunkt stehen muss.“

Nachvollziehbar sind aus Sicht des VDR die Empfehlungen der SWK, funktionale Kompetenzen, die im Hinblick auf das spätere Berufsleben wichtig sind, stärker zu fördern. „Es ist zweifellos sinnvoll, funktionale Kompetenzen wie Problemlösungsfähigkeiten, Teamarbeit und selbstständiges Arbeiten stärker in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen, wenn diese im späteren Berufsleben gebraucht werden. Damit stellt sich aber automatisch die Frage nach der praktischen Umsetzbarkeit“, betonte Neugschwender. Denn Lernen und die Entwicklung funktionaler Kompetenzen erfordern ausreichende zeitliche und personelle Ressourcen, um diese wichtige Aufgabe mit Qualität und unter Einhaltung der jeweiligen

Studenten sicherstellen zu können. Es stellt sich also die Frage, welche Inhalte weiterhin in den Bildungsplänen der Länder fest verankert bleiben müssen und welche zurückgesetzt werden können.

„Berufsorientierung ist eine zentrale Aufgabe jeder einzelnen Schule und des Schulsystems insgesamt. Dies ist übrigens ein Markenkern der differenzierten Schulen im VDR, insbesondere der Realschulen. Enge Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft, gute Kontakte zu Unternehmen vor Ort und praxisorientierte Unterrichtsformen zur Vorbereitung auf die Berufswelt sind schon heute vielerorts gelebte Praxis“, hob Neugschwender hervor. Sinnvoll wäre aus seiner Sicht eine intensivere Entwicklung und effektivere Nutzung digitaler Tools, die den Zugang zu Berufsorientierungsangeboten verbessern und Schülerinnen und Schüler gezielt mit potenziellen Arbeitgebern vernetzen. Damit könne Berufsorientierung noch individueller werden. „Die SWK hat einen guten ersten Schritt getan. Aber weitere müssen folgen“, so Neugschwender abschließend.

VRFF Die Mediengewerkschaft ÖRR: schlechte Konditionen für Berufseinsteiger bemängelt

Der VRFF-Bundesvorstand hat sich mit den Auswirkungen der jüngsten Tarifabschlüsse und den Reformplänen der Ministerpräsidenten für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk beschäftigt.

Die Tarifabschlüsse in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkhäusern, die Reformvorhaben der Ministerpräsidenten sowie die Diskussion um den Rundfunkbeitrag hätten Auswirkungen auf die Situation der Beschäftigten. Wie in vielen anderen Branchen in Deutschland seien auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Beschäftigten verunsichert. Ein großer Anteil von ihnen, die Babyboomer-Generation, gehe in den nächsten Jahren in Ruhestand; aufgrund der vergleichsweise schlechten Einstiegsbedingungen in etlichen Berufen sei es schon jetzt sehr schwer, freigewordene Stellen nachzubesetzen. „Das ist besonders gravierend, da die in den vergangenen Monaten getroffenen Tarifabschlüsse das Arbeiten im Öffentlich-Rechtlichen Bereich nicht attraktiver

machen“, so die VRFF-Bundesvorsitzende Anke Ben Rejeb.

Zu den in vielen Funkhäusern bereits vor Jahren angelaufenen Umstrukturierungen und Reformen kämen nun noch die Reformvorhaben der Ministerpräsidenten für den ÖRR hinzu. „Vielerorts werden Stellen erst nach Monaten, manchmal sogar Jahren neu besetzt. Das bedeutet eine lange extreme Mehrbelastung für die verbliebenen Beschäftigten in den jeweiligen Teams“, so Ben Rejeb weiter. Ein Wissenstransfer sei so nicht möglich, Einarbeitungen deshalb häufig unzureichend. Mit dem Ergebnis, dass Berufseinsteiger häufig nach kurzer Zeit die Unternehmen wieder verließen.

Namen und Nachrichten

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich der **dbb** und der Arbeitgebendenverband BDLs auf höhere Stundenlöhne und bessere Arbeitsbedingungen für Sicherheitskräfte an Flughäfen verständigt. Bereits am 7. April 2025 konnte der dbb einen Abschluss beim Manteltarifvertrag erzielen, der die Arbeitsbedingungen regelt. Am 8. April ist es gelungen, eine deutliche Erhöhung der Entgelte zu erreichen. Ab dem 1. Mai 2025 steigen die Entgelte für alle um 70 Cent. Zum 1. April 2026 folgt eine weitere Erhöhung um 1 Euro. Die Laufzeit endet am 31. Dezember 2026. Die PRM-Zulage (Rollstuhlservice am Flughafen) wird jeweils zu den gleichen Zeitpunkten um 35 Cent erhöht. Außerdem werden die Entgelte der operativ tätigen betrieblichen Angestellten prozentual erhöht wie die EG I. Die Schwelle für den Mehrarbeitszuschlag wurde für alle abgesenkt (für § 5er von 180 auf 175; für den Rest von 208 auf 190). Wichtig: Teilzeitkräfte haben jetzt eine niedrigere Schwelle und werden nicht mehr benachteiligt. Weitere Details zur Einigung gibt es unter www.dbb.de.

Bei den Personalratswahlen im Schulbereich des Saarlandes vom 24. bis 28. März 2025

konnten die fünf dbb-Lehrkräfteverbände die herausragenden Wahlergebnisse von 2021 bestätigen. Das teilte der **dbb saar** am 4. April 2025 mit. Im Bereich der Hauptpersonalratswahlen der fünf Schulformen bleiben die dbb-Lehrerverbände mit Abstand die stärkste Lehrerinteressenvertretung im Saarland und erreichen von 43 Hauptpersonalratssitzen insgesamt 30 Sitze (70 Prozent). Mit Ausnahme der Gemeinschaftsschulen stellen die dbb-Lehrkräfteverbände auch in den kommenden vier Jahren in allen Hauptpersonalräten den Vorsitz und bleiben ein gewichtiger, unverzichtbarer und kompetenter Gesprächspartner für die Bildungsministerin und die Landespolitik. Vor rund einhundert geladenen Gästen übergab der **Bund Deutscher Forstleute (BDF)** am 5. April 2025 die Auszeichnung als ‚Waldgebiet des Jahres‘ an den Wiesbadener Stadtwald. Dazu wurden alle Mitarbeiter des Stadtwaldes auf die Bühne gebeten, denn „wir würden nicht nur den Wald selbst, sondern die Gestaltungskraft und das Engagement der Wiesbadener Forstleute für ihren Wald“, so BDF-Bundesvorsitzender Dirk Schäfer und die Landesvorsitzende Rebekka Janson.

Termine:

28. - 29. April 2025

15. Forum Personalvertretungsrecht

„Beschäftigte und ihre Personalvertretungen im Umbruch“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

15. Mai 2025

19. Frauenpolitische Fachtagung

„Richtung Zukunft: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren im Kampf gegen Extremismus und Populismus“

Weitere Informationen unter www.dbb-frauen.de
